

**Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, SP) vom 25. Oktober 2001:  
Schutz des Nordquartiers vor Durchgangsverkehr; 2. Fristverlängerung**

Für die folgende, am 16. Mai 2002 erheblich erklärte Motion der Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, SP), hat der Stadtrat am 21. Oktober 2004 eine Fristverlängerung bis zum 30. Juli 2005 (Eröffnung Stade de Suisse) beschlossen:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Vorlage für verkehrsberuhigende Massnahmen im Nordquartier vorzulegen. Es sind zwei Varianten auszuarbeiten:

1. Neuregelung der Erschliessung des Nordquartiers: Der westliche Teil des Nordquartiers wird via Lorrainebrücke mit der Autobahn erschlossen, der östliche Teil bleibt unverändert über die Ein- und Ausfahrt Wankdorf erschlossen. Konsequenz dieser Lösung ist die Aufteilung des Quartiers in mindestens zwei Verkehrsräume, welche jedoch für öffentliche Fahrzeuge (öffentlicher Verkehr, Feuerwehr, Polizei, Sanität) jederzeit durchlässig bleiben. Für den rein lokalen Geschäftsverkehr kann der Gemeinderat eine zeitlich limitierte oder unbeschränkte Durchlässigkeit gewähren.
2. Reduktion des Durchgangsverkehrs um mindestens 50% (KÜL + mind. 30%). Dazu ist der Verkehr auf den Hauptachsen zu verlangsamen, sind Querungsstrassen für den motorisierten Individualverkehr zu sperren, und der öffentliche Verkehr ist generell aufzuwerten. Weitere Massnahmen sind die Schaffung von Begegnungs- und Flanierzonen, von autofreien resp. autoarmen Plätzen und attraktiven Fuss- und Veloverbindungen.

***Begründung***

Das Nordquartier ist eines der vom motorisierten Individualverkehr (MIV) am stärksten belasteten Quartiere der Stadt Bern. Grenzwertüberschreitungen bei Luft und Lärm sind an der Tagesordnung. Verkehrsintensive Nutzungen im ESP-Wankdorf bewirken Pendler- und Parkplatzsuchverkehr, und die Achse Wankdorf – Lorraine – Bahnhof hält mit rund 24 000 Fahrzeugen pro Tag auf der Lorrainebrücke einen traurigen Spitzenplatz inne. Es ist zu befürchten, dass der Verkehr ohne geeignete Massnahmen in Zukunft weiter zunehmen wird. Zudem sind sowohl im Nordquartier als auch in anderen Stadtteilen Planungen vorgesehen oder in Umsetzung, welche einen Einfluss auf das Verkehrsaufkommen im Nordquartier haben und zu weiterem Mehrverkehr führen können. So wirkt sich der Verkehrsversuch beim Bahnhofplatz positiv aus, während ein allfälliger Bau des Neufeldzubringers zu einer Abnahme des Netzwidestandes in der Länggasse und damit ohne geeignete Gegenmassnahmen zu Mehrverkehr in den angrenzenden Quartieren führen könnte.

Das Ziel der städtischen Verkehrspolitik muss eine Reduktion des Autoverkehrs in der ganzen Stadt sein. Ansatzpunkt für eine gesamtstädtische Verkehrsplanung ist die angestrebte Verkehrsreduktion auf dem Bahnhofplatz. Im Rahmen des Öffentlichkeitsforums Masterplan Bahnhof Bern wurde denn auch eine Reduktion von bis zu 50% bis ins Jahr 2005 als realistisch betrachtet. Die Weiterführung des Verkehrsversuchs Bahnhofplatz ist deshalb ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ausser der vom Berner Stimmvolk mit grossem Mehr angenommenen kurzfristigen Übergangslösung KÜL, welche eine Reduktion von 20% zum Ziel hat, fehlen jedoch griffige Massnahmen in weiteren Quartieren.

Die geforderte Vorlage bewirkt eine Reduktion des unnötigen Durchgangsverkehrs und erhöht dank weniger Lärm und Abgasen die Lebensqualität im Nordquartier. Zudem führt die Umsetzung der geforderten Massnahmen zu einem Umsteigeeffekt vom MIV zum öV und Langsam-

verkehr. Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass eine solche Verlagerung ohne wirtschaftliche Einbussen realisiert werden kann.

Bern, 25. Oktober 2001

*Fraktion SP / Juso (Michael Aebersold, SP); Béatrice Stucki, Andreas Zysset, Beat Zobrist, Edith Madl Kubik, Margrith Beyeler, Margrit Stucki, Marie-Louise Durrer, Guglielmo Grossi, Ruedi Keller, Liselotte Lüscher, Margareta Klein, Rolf Schuler, Raymond Anliker, Irène Marti Anliker, Ruth Rauch, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Sabine Schärner, Barbara Mühlheim, Sylvia Spring Hunziker, Peter Blaser, Rosmarie Okle Zimmermann, Walter Christen, Esther Kälin Plézer, Oskar Balsiger*

### **Bericht des Gemeinderats**

Der Gemeinderat hat in seinem ersten Fristverlängerungsantrag (Vortrag 01.000445 vom 19. Mai 2004) die zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhänge zwischen den Motionsforderungen und dem laufenden Planungsprozess im Nordquartier (Teilverkehrsplan MIV und Quartierplanung) aufgezeigt und eine entsprechende Fristverlängerung bis Mai 2006 beantragt. Bei der Behandlung dieses Antrags brachte der Stadtrat die Motionsforderungen jedoch direkt mit der Eröffnung des neuen Fussballstadions in Verbindung und verkürzte die Frist ohne Berücksichtigung der Abhängigkeiten.

Der Gemeinderat weist noch einmal darauf hin, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Eröffnungszeitpunkt des Stade de Suisse Wankdorf und den weit greifenden Motionsforderungen nicht besteht. Der Stadtrat hat im November 1999 und im Mai 2004 ein Paket von flankierenden Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und zum Wohnschutz im Umfeld des neuen Stadions beschlossen, die inzwischen, rechtzeitig vor der Eröffnung des Stade de Suisse Wankdorf, ausgeführt worden sind. Zusätzliche Massnahmen (Rückbau der Einmündungen in die Tellstrasse und Gestaltung Tellplatz) wurden in die Mitwirkungsunterlagen zum Teilverkehrsplan MIV und zur Quartierplanung im Nordquartier aufgenommen.

Die Auswertung der sehr zahlreichen und kontroversen Mitwirkungseingaben, die im Sommer / Herbst 2004 eingegangen sind, ist schwierig und nimmt viel Zeit in Anspruch. Es ist aber vorgesehen, im Herbst dieses Jahres über das Ergebnis der Mitwirkung und über das in Aussicht genommene weitere Vorgehen zu informieren. Anschliessend werden die nötigen Massnahmen und Kredite zu beschliessen sein.

### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, SP) vom 25. Oktober 2001: Schutz des Nordquartiers vor Durchgangsverkehr; 2. Fristverlängerung.
2. Er verlängert die Frist zur Beantwortung der Motion bis Ende Mai 2006.

Bern, 17. August 2005

Der Gemeinderat